

# Luzerner Tagblatt

Freisinniges Organ

## Hauptanzeigblatt für Stadt und Kanton Luzern

### und die übrige Zentralschweiz

#### Achtundvierzigster Jahrgang

Abonnementpreise:

Durch die Post bestellt	3 Monate	6 Monate	12 Monate
Für Luzern zum Voraus	Fr. 3. 40	Fr. 6. 40	Fr. 12. 80
Für Luzern zum Voraus	3. —	6. —	12. —
Für die übrigen Orte	2. 00	5. —	10. —

Erscheinung täglich mit Ausnahme der Sonntage und Festtage.

Insertionspreise:

Die einpfeilige Zeitzeile oder deren Raum: 8 Cts.  
 Totalinserte 10 Cts., Wiederholungen ... 8 Cts.  
 Annoncen Luzern, Uri, Schwyz und Zug ... 12 Cts.  
 Uebrige Schweiz und Ausland ... 15 Cts.  
 Preis der Reklame-Zeile (mit Schrift) 50 Cts.

Redaktions-Büro: Hofstrasse Nr. 11  
 Gratis-Beilagen: *John Freitag die beliebteste Beilage*, *„Wöchentliche Unterhaltungen“*, *Gratis-Beilagen*, *Exposition-Büro: Hofstrasse u. Kornmarkt*, *Carippen*

### Die heutige Nummer enthält 12 Seiten.

Inhalt des zweiten Blattes: Zum Denkmal für Christian Schönl. — Volkswirtschaftliches.

Vor hundert Jahren.

12. Februar.

Aufhebung der alten Gelege und Strafverteilung wegen religiöser Meinungen. Dem Anstoss dazu gab das Gesuch des Valentin Schmidlin, gebürtig von Ruwil, um Wiederherstellung in das bürgerliche Bürgerrecht und Aufnahme des über ihn als einjähriges Kind wegen der religiösen Meinungen seines zum Tode verurteilten Vaters ausgesprochenen Verbannungsurteils. („Sulzjogg“.)

### 2 Ausgeweidungen.

Es gewinnt immer mehr den Anschein, dass die Doppelinitiative in den nordöstlichen Kantonen der Schweiz zu einer Stufe teils innerhalb der demokratischen Partei selbst, teils im äusseren Verhältnis der dortigen sogenannten linksdemokratischen Fraktionen zu der freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz führen werde. Ein sehr bezeichnender Vorgang, der in dieses Gebiet fällt, hat sich vor wenigen Tagen im Kanton Zürich abgespielt. Die Demokraten hatten einen Parteitag nach Unter- ausgeschrieben, an welchem sich dann auch eine Anzahl ausgeprägter Sozialdemokraten einfinden. Dieses Faktum könnte überraschen, wenn man nicht wüsste, dass im Kanton Zürich längst einflussreiche Zeitungsorgane an der Arbeit sind, den Unterschied zwischen Demokratie und Sozialdemokratie zu überkleinern und zu verwischen. Wie erntet hierbei weniger an die Tatsache, dass die Redaktoren einer Anzahl demokratischer und sozialdemokratischer Organe sich zu einem „demokratisch-sozialdemokratischen Preisverein“ zusammengelassen haben, als an den Umstand, dass J. W. im Winterthurer „Landboten“ dieses Zusammengehens der Demokratie mit der Sozialdemokratie bereits zu einem prägnanten Ausdruck gelangt ist. Von den Redaktoren dieses Blattes, welches seinerzeit die erste Violin bei der Gründung der demokratischen Partei (1867) spielte, gehören die H. Dr. Huber und Knollwieser entschieden zur Sozialdemokratie, während Hr. Dr. Klee sich zur demokratischen Partei bekennt.

Dass ist kein gefundenes Verhältnis. Niemand kann zwei Herren dienen, kein Zeitungsorgan, das berufen ist, in allen öffentlichen Fragen eine einheitliche Stellung einzunehmen, kann mit einem solchen Doppelpass auf die Länge auskommen. Je mehr sich die Sozialdemokratie in einen stehenden Organismus zu der bürgerlichen Gesellschaft stellt, um so weniger ist es denkbar, dass ein öffentliches Organ sich dauernd auf der Grenzlinie halten und sich da in Balance halten über könne.

Überdies ist dieses Problem in der Disziplin gemässigt an der Tagesordnung. Die sogenannten Linksdemokraten bilden eine Art Zwischenstufe zwischen der alt-demokratischen Partei, wie sie sich bei der Zürcher Bewegung von 1867 ausbildete, und der Sozialdemokratie. Es ist häufig schwierig genug, die zwischen beiden liegende Grenzlinie zu erkennen, und manchmal gewinnt man den Eindruck, dass die Sozialdemokratie wenig anders als eine Ausgabe der Sozialdemokratie auf Hofpapier sei. Dies trifft nicht nur auf Zürich und Winterthur, sondern auch auf St. Gallen und Glarus zu. In St. Gallen ist der dortige „Stadtanzeiger“ gerade ein so charakteristisches Beispiel, wie der Winterthurer „Landbote“. Der Redakteur derselben war lange Zeit ein ausgeprägter Sozialdemokrat, Hr. Brandt, der vor kurzem an die Redaktion eines Hauptorgans der schweizerischen Sozialdemokratie, die in Zürich erscheinende „Arbeiterstimme“, berufen wurde. In Glarus gefassten sich die dortigen „Nachrichten“ fast jährlich jährlich daran, an der freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz ihre Mäntel zu kleiden, was die Glarner Demokraten allerdings nicht verhindern hat, den Parteitag des von ihnen so verächtlich behandelten „Grossrats“ in Bern zu besichtigen.

Es ist unklar, zu erretten, dass ein solches genanntes Verhältnis auf die Dauer nicht bestehen

kann. Daran, dass die Linksdemokraten zum grösseren Teil der Doppelinitiative oder doch einem Teil derselben (entweder der Volkswahl des Bundesrates oder der Proportionalwahl des Nationalrats) geneigt sind, stehen wir uns weniger, als an dem Bemühen, die Grenzen zwischen der bürgerlichen Demokratie und der Sozialdemokratie zu verwischen und den Unterschied zwischen beiden immer kleiner zu machen. Wenn die Linksdemokraten Position hätten, allmählich die Sozialdemokraten zu sich herüber zu ziehen, so ließe sich die Sache noch hören. Allein ein solcher Prozess wird jedenfalls nicht eintreten. Die Sozialdemokratie denkt nicht im mindesten daran, das „Klassenbewusstsein“, welches sie in einen scharfen Gegensatz zur „Bourgeoisie“ stellt, fahren zu lassen. Alle Umstände sprechen dafür, dass die Linksdemokratie viel eher in der mächtigeren und auch zielbewussteren Sozialdemokratie aufgehen wird, als dass das Umgekehrte eintreten werde.

Die alt-demokratische Partei im Kanton Zürich, welche hauptsächlich in den Landgemeinden besteht, während in Zürich und Winterthur die Sozialdemokratie Oberwasser zu gewinnen sucht, hat bereits begonnen, sich selbstständig zu organisieren, unter Abhülfe sowohl der sozialdemokratischen wie der den letzteren nachstehenden linksdemokratischen Elemente. Im Winterthur hat Hr. Nat. Blat Fortner im Verein mit einer Anzahl gleichgestimmter politischer Persönlichkeiten im letzten September eine „demokratische Vereinigung“ gebildet, welche sich zur Aufgabe setzt, den Traditionen der bürgerlichen demokratischen Partei treu zu bleiben. Diese Männer, welche in den vordersten Reihen der 1867er Demokraten standen, haben die Zweideutigkeiten eines „Landboten“ fassen und wollen sich nicht auf die schiefe Ebene stellen lassen, auf der man allmählich zur Sozialdemokratie hinunterrückt.

Es ist möglich, selbst bis zu einem gewissen Grade wahrscheinlich, dass die Doppelinitiative zur Abtrennung der schweizerischen Sozialdemokratie von der freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz führen wird. Ständerrat Witz singt ja dieser „von der radikalen Partei abgetrennten“ neuen Partei im „Obwaldner Volksfreund“ bereits das Wiegenlied. Diese Centralität hat für uns nichts Schreckendes, wie lassen sie vielmehr mit Gemütsruhe im Auge. Dieser ein kleineres, aber zuverlässiges und erprobtes Organ, als eine zahlreiche, aber zum Teil aus unzuverlässigen Elementen zusammengesetzte Armee, hinsichtlich welcher man zögern muss, dass, wenn es zum Kampfe kommt, sich ein Teil absondert und den übrigen in den Rücken schlägt.

### Schweiz.

— **Einlagen in den Erneuerungsfonds der Haupt- und Nebenbahnen.** Gemäss Bericht und Antrag des Eisenbahndepartementes hat der Bundesrat beschlossen:

Für die Hauptbahnen werden die Einlagen in den Erneuerungsfonds für 1898 auf die für die Jahre 1898 und 1897 ermittelten provisorischen Beträge festgesetzt, nämlich:	
Einlage für Ergänzungseinlage 1898	für früherer Jahre
Jura-Simplon-B. 2,050,000 Fr.	650,000 Fr.
Nordostbahn 1,835,000	100,000
Centralbahn 1,250,000	100,000
Der. Schweizerb. 740,000	—
Gotthardbahn 900,000	250,000

Den Nebenbahnen wird gestattet, die Mittelagen für Erneuerung für das Jahr 1898 auf Grund der bis dahin benutzten Normen zu vollziehen.

— **Schweizer in fremdem Kriegsdienst.** Oberst Vogt de la Tour ist im Nationalrat die Nachricht bemerken, dass er in türkische Dienste treten werde.

— **Offene Bundesstellen.** Dritter technischer Sekretär bei der eidgen. Telegraphen-Direktion. Erfordernisse sind: Gründliche technische Bildung; Kenntnis der deutschen und französischen Sprache. Die Beförderung wird nach Maßgabe des Beförderungsfonds vom 2. Juli 1897 festgesetzt. Anmeldungen sind bis 21. Februar 1899 an die eidgenössische Telegraphendirektion in Bern zu richten.

Gehele der Inventarkontrolle des Ober-Kriegskommissariats. Erfordernisse sind: Kenntnis des Kriegsmaterials; Kenntnis der deutschen und französischen Sprache. Die Beförderung beträgt 8000 bis 4000 Franken. Anmeldungen sind bis zum 18. Februar 1899 an das eidgenössische Militärdepartement in Bern zu richten.

— **Musterfisch.** In der Angelegenheit des Muster- und Modellschutzes hat das eidgenössische Justizdepartement am 27. d. M. eine Experten-Kommission nach Bern einberufen.

— **Weltausstellung 1900.** Die Fachexperten der Gruppen für die Landwirtschaft und die Nahrungsmittel, welche am 2. Februar unter dem Vorsitz des schweizerischen Generalkommissärs G. Moor getagt haben, erklärten einstimmig, am dem am 27. November letzten Jahres gefassten Beschlüsse festzuhalten, nach welchem das schweizerische Generalkommissariat eine Muster-Kassette zur Ausstellung, jedoch ohne Fabrikation, zur Darstellung bringen soll. Dieser Beschlüsse ist durch die Wichtigkeit unserer Milchindustrie und das große Interesse begründet, welches unsere Landwirtschaft hat, in Paris gut vertreten zu sein.

Luzern. Aus dem Bericht der Regierung an das eidgen. Industrie-Departement über den Vollzug des Fabrikgesetzes geht hervor, dass im Kanton Ende Dezember 1898 141 dem Gesetz unterstellte Etablissements bestanden. Es wurden in den beiden Berichtsjahren 87 Gesuche um Genehmigung von Neu- und Umbauten und Erweiterungen von Fabrikanlagen eingereicht. Die Zahl der angelegten erheblichen Unfälle betrug 1581. In 12 Fällen wurde wegen unentschiedener Angelegenheiten eingeleitet, wegen verletzter Angelegenheiten in 86 Fällen Verwarnungen erteilt.

Erstens des eidgen. Fabrikspektorsates erfolgten in 19 Fällen Reklamationen wegen mangelhafter Führung der Arbeiterverzeichnisse, bezw. Nichtausgabe derselben im Fabrikbüreau. Den diesbezüglichen Reklamationen des Departements der Staatswirtschaft wurde in allen Fällen Folge gegeben.

In der Berichtsperiode wurden 22 neue und 15 veränderte, mithin zusammen 37 Fabrikordnungen genehmigt.

Während der Berichtsperiode wurden 7 neue Stundenpläne für solche Geschäfte genehmigt, welche von der durch den Bundesratsbeschluss vom 14. Januar 1893 erteilten generellen Bewilligung für Nacht- und Sonntagsarbeit Gebrauch machen wollten.

Ein Fabrikant hatte den Arbeitern durch Anschlag in seinem Etablissements bekannt gegeben, dass Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch ein Schlichtergericht entschieden werden sollen. Auf Antrag des eidgen. Fabrikspektors wurde vom Departement der Staatswirtschaft die Befreiung dieses Anschlages genehmigt unter Hinweis auf Art. 9, Abs. 2 des Gesetzes betreffend die Arbeit in den Fabriken, wonach Streitigkeiten über Vertragsverhältnisse und gegenseitige Kündigung vom zuständigen Richter zu entscheiden sind.

Betreffend Lohnzahlung gelangten drei Beschwerdefälle zur Kenntnis des Departements der Staatswirtschaft.

Unter den bisher üblichen Bedingungen wurden 11 Verzeihungsbewilligungen erteilt:

Vom Regierungsrat	1897	1898
Von den Staatsbahnen	5	4
Ein Fabrikant wurde wegen vorzeitiger Befreiung einer Fabrik von Staatsbahnen mit 6 Fr. bestraft.	5	9

— **„Hausaufgaben.“** (Eingel.) Die vorzügliche Arbeit, welche Hr. Lehrer Faver Unterlehrer dem schweizerischen Lehrerverein als Privat unterbreitete und welche im „Tagbl.“

(Nr. 84) veröffentlicht ist, verdient vollste Anerkennung. Namentlich möchten wir dieselbe den Eltern schulpflichtiger Kinder zu einlässlichem Studium empfehlen. Hr. Unterlehrer hat mit seinem wohlüberdachten und sehr objektiv gehaltenen Vortrage über das Thema „Hausaufgaben“ den Beweis erbracht, dass ihm das für pädagogische Wohl der Schuljugend sehr am Herzen liegt, dass aber durch übertriebene Anstrengung in dieser Hinsicht die geistige Ausbildung der Kinder eine mangelhafte bleiben wird und bleiben muss.

Wir sind Hr. Unterlehrer dankbar, dass er sein freimütiges und jedenfalls kompetentes Urteil nicht nur im engem Kreis der Lehrerschaft veröffentlicht, sondern dasselbe zur Kenntnis der Eltern und Vormünder unserer Schulpflichtigen Jugend und Schulpflichtiger unter weitläufig unglücklichen Verhältnissen als den heutigen verdrängen mussten und welche dennoch zu körperlich und geistig gesunden Männern herangemacht sind, so recht eigentlich aus dem Herzen gesprochen hat!

— **Theater in Hochdorf.** (Eingel.) Da in der Fastenzeit wohl in der Metropole, nicht aber draussen in der Provinz Theateraufführungen gestattet werden, so wird die L. Theatergesellschaft Hochdorf den „letzten Landenberg“ nur noch am 12. und 14. Februar zur Aufführung bringen können.

Wir wollen nicht unterlassen, ein theaterfreundliches Publikum hierauf aufmerksam zu machen und zu fleißigem Besuche der zwei letzten Vorstellungen einzuladen. Die kundige Hand der Regie hat in dem Wärsentempel zu Hochdorf alles aufs Beste besorgt. Sowohl das treffliche Spiel der Akteure, als auch die flotten geistreichen Kostüme und Szenarien, sowie das ergreifende Schlussbild der Helvetia und ihrer Genien.

Wir wollen auch die hübsche Musik des Orchesters, welche die Zwischenpausen angenehm ausfüllt, nicht vergessen.

Wir sind überzeugt, dass selbst anspruchsvolle Zuschauer das Theater besiedigt verlassen werden. Also auf nach Hochdorf!

— **Großwangen.** (Eingel.) Zu meinem Erschauen lese ich im Inseratenteil der Luzerner Tagesblätter, dass das schweizerische Orchester von Willisau am nächsten Sonntag im Goshaus zum „Ophen“ in hier sich produzieren werde. Also eine Abreise der sonst mehrheitlich liberalen Willisauer Stadtmusik stellt sich zu Verleumdungen in den Dienst unserer ultramontanen Theatergesellschaft, in der gleichen Zeit, wo auch unsere liberale Theatergesellschaft im Goshaus zum „Ophen“ ihren Thalia-Tempel eröffnet hat!

Wir hoffen wir leben in der Festungzeit.

— **Schlüterbach.** (Eingel.) Unser Mitbürger Dr. Engelbert Arnold, Professor und Direktor des elektrotechnischen Instituts an der hochberühmten, technischen Hochschule zu Karlsruhe, hat einen Ruf an die technische Hochschule in München erhalten. Die Hochschule in München zählt über 2000 Studierende und ist eine der angesehensten in ganz Deutschland. Der Ruf ist daher als ein sehr ehrenvoller zu bezeichnen; trotzdem ist es noch zweifelhaft, ob Hr. Professor Arnold demselben folgen wird.

Wenn auch die Versicherungen von München sehr glänzend sind, so scheidet Hr. Arnold doch nicht gern von seinem neuen Institute in Karlsruhe, das ihm die bairische Landesregierung mit einem Kostenaufwande von mehreren hunderttausend Franken hat erbauen lassen, und andererseits macht das großberühmte bairische Ministerium alle Anstrengungen, dass ihm die thätige Lehrkraft erhalten bleibt.

— **Schöpfheim.** Eine jener alten und angelegenen Bürgerfamilien, welche der heimatlichen Scholle stets treu bleiben, ist die Familie Gummengger von Wäpfig.

Bekanntlich hat schon zur Zeit des Bauernkrieges der Mannesmeister Gummengger eine sehr wichtige Rolle gespielt. Unter seinen zahlreichen Nachkommen, zu welchen ungeschicklich auch die Gummengger vom Wäpfig gehören, zählen nie zahlreiche Beamte und hochangesehene Männer.